

Grundsatzprogramm



Klimaliste Sachsen-Anhalt

Fassung vom 20.02.2021

1. Einleitende Erklärungen

- 1.1. *Früher aufstehen für Klimaschutz!* 2
- 1.2. *Das Selbstverständnis der Klimaliste Sachsen-Anhalt* 2
- 1.3. *Klimawandel in Sachsen-Anhalt* 3

2. Eine Vision für ein enkeltaugliches Land

- 2.1. *Klimanotstand: Ein klarer Richtungswechsel!* 5
- 2.2. *Energiewende: Voranschreiten für eine neue Stabilität* 6
- 2.3. *Klimaneutral Bauen und Heizen* 7
- 2.4. *Nachhaltige Verkehrs- und Stadtplanung* 8
- 2.5. *Ökologische Produktion und Kreislaufwirtschaft* 9
- 2.6. *Der CO₂-Preis muss steigen!* 11

3. Für ein aufgeklärtes und menschenwürdiges Leben

- 3.1. *Nachhaltige Bildungsgerechtigkeit und Inklusion* 13
- 3.2. *BGE: Klimaschutz müssen sich alle leisten können!* 14
- 3.3. *Bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung* 15

4. Staatliche Verantwortung neu denken

- 4.1. *Demokratie 2.0: Mehr Bürgerbeteiligung wagen!* 17
- 4.2. *Vertrauen bilden durch klare Kommunikation und Transparenz* 17
- 4.3. *Digitalisierung vernünftig nutzen* 18
- 4.5. *Krisenfester Zusammenhalt durch gleichberechtigte Vielfalt* 20

1. Einleitende Erklärungen:

1.1. Früher aufstehen für Klimaschutz!

Ein Blick in die Zukunft macht heute vielen Menschen Angst. In unserer global vernetzten Welt wächst die Unsicherheit gleichsam mit der stetig ansteigenden Komplexität von Problemen. Ungleichheit, Klimawandel, Artensterben, Digitalisierung, Pandemien, Wirtschaftskrise, Menschen auf der Flucht, und noch so vieles mehr, dem wir scheinbar hilflos gegenüberstehen. Doch das muss nicht so sein!

Der Mensch ist nur aus einem Grund dazu in der Lage überaus komplexe Probleme zu schaffen und zu lösen. Weil wir nicht alleine handeln. Denn nur weil wir mit anderen Menschen gemeinsame Ziele verfolgen können, schaffen wir es unsere individuell begrenzten Möglichkeiten zu überschreiten.

Am 12. Dezember 2015 haben sich in Paris fast alle Staaten der Welt auf das gemeinsame Ziel geeinigt, die Erderwärmung auf unter zwei Grad Celsius und möglichst unter 1,5 Grad Celsius zu beschränken. Dieses Ziel definiert eine Menschheitsaufgabe, deren Lösung vom Handeln aller Menschen abhängt.

Dennoch ist die Überwindung unseres viel zu ressourcenintensiven Lebensstils und der Abhängigkeit von Kohlendioxid emittierenden Energieträgern eine transformatorische Aufgabe, der sich Gesellschaften unter ungleichen Voraussetzungen stellen müssen. Gerade privilegierte Nationen, deren Wohlstand auf fossiler Energie gewachsen ist, stehen in der Pflicht sofort zu handeln — nicht nur aus einer historischen Verantwortung heraus, sondern auch weil sie schon heute alle Voraussetzungen erfüllen, um die notwendigen Veränderungen anzugehen.

Darum braucht es vor allem hier in Deutschland ein mutiges, beherztes und verantwortungsbewusstes Vorgehen, das lokale Bedürfnisse und globale Auswirkungen zusammen denkt. Die Klimaliste Sachsen-Anhalt ist überzeugt davon, dass die Menschen in Sachsen-Anhalt gemeinsam früher aufstehen können, um für den Klimaschutz voranzugehen!

1.2 Das Selbstverständnis der Klimaliste Sachsen-Anhalt

Die Klimaliste Sachsen-Anhalt ist eine Partei, die sich als gesellschaftliche Plattform begreift, auf der ein konsensorientierter Diskurs zu politischen Fragen geführt werden kann. Wir glauben, dass die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts einen

grundlegenden Paradigmenwechsel in der demokratischen Politik erfordert. **Die Wahrung partikularer Profitinteressen und die Steigerung des Wirtschaftswachstums dürfen nicht länger bestimmend sein.**

Unsere Partei steht für einen klaren Richtungswechsel in der Politik, der sich grundsätzlich an der Einhaltung des 1.5 Grad-Ziels ausrichtet und dies mit einer gerechten Umverteilung und einem bewusstem Umgang mit Ressourcen verbindet. Wir fühlen uns inspiriert von den Großdemonstrationen und Protesten gegen die Klimakrise, weiten aber unsere Ziele und Aktivitäten auf diverse politische Handlungsfelder aus. Angesichts der bloßen Lippenbekenntnisse von Regierungen ist es für uns eine logische Konsequenz die berechtigten Forderungen und Ideen der Klimagerechtigkeitsbewegungen in die Parlamente einzubringen.

Wir wollen die notwendigen Veränderungen nur zusammen mit der Gesellschaft gestalten. Denn wir glauben, dass politische Entscheidungen nur dann gesamtgesellschaftlich verbindlich und am Gemeinwohl orientiert sein können, wenn die Entscheidungen in einem möglichst breiten Einvernehmen getroffen werden. Als Klimaliste Sachsen-Anhalt verknüpfen wir daher politische Fragen immer mit einer aufgeklärten und basisdemokratischen Mitbestimmung. Dabei sind alle Menschen dazu eingeladen, gleichberechtigt mitzugestalten und mitzuentcheiden.

Wir stehen für eine wertebasierte und wissenschaftsorientierte Konsenspolitik, die eine sozial gerechte und klimaneutrale Gesellschaft schaffen will, in der sich die Würde und die Freiheit aller Menschen gleichermaßen entfalten kann.

1.3. Klimawandel in Sachsen-Anhalt

Die globale Erwärmung ist schon seit Jahren in Sachsen-Anhalt spürbar. 14 der 20 wärmsten Jahre in Sachsen-Anhalt wurden nach 1990 verzeichnet. Seit 1881 ist die mittlere Temperatur in unserem Bundesland bereits um 1,3°C gestiegen. So zeigt sich, dass insbesondere im Frühling der Temperaturtrend seit 1951 besonders ausgeprägt ist. So kommt es in den Frühlingsmonaten häufiger zu längeren Trockenperioden, die nicht nur Landnutzer:innen vor große Herausforderungen stellen, sondern auch die Vegetation im Allgemeinen schädigt. In der ohnehin niederschlagsarmen Altmark sind mittlerweile erhebliche Schäden im Forst und in Gehölzbeständen vorhanden, welche schon jetzt und vor allem in den kommenden Jahren das Landschaftsbild wesentlich ändern und gleichzeitig immense Mengen an

Kohlendioxid freisetzen werden. Aber der Klimawandel befördert nicht nur die Gefahr von Wasserknappheit und Waldbränden in Trockenperioden. Gleichzeitig ist eine Tendenz zu feuchteren Wintern und Extremwetterereignissen zu verzeichnen, wodurch das Auftreten von Hochwasser wahrscheinlicher wird.¹

Auf der Grundlage wissenschaftlicher Beobachtungen steht für uns fest, dass der menschengemachte Klimawandel die ökologische Stabilität unseres Planeten ernsthaft bedroht und damit die Lebensgrundlagen kommender Generationen in Gefahr bringt.

Schon jetzt ist der Kollateralschaden an Ökosystemen und Arten immens, einige Kipppunkte könnten bereits erreicht sein, viele Prozesse sind unumkehrbar und könnten bereits nicht mehr abzuwenden sein. Schon jetzt sehen wir in welchem Maße die Pegel der Elbe sinken oder steigen können. Schon jetzt können wir erleben wie in unseren Städten die thermische Belastungssituation durch längere Hitzeperiode zu einer Gefahr für die Gesundheit werden kann. Schon jetzt verursacht das zahlreichere Aufkommen von Großwetterlagen vermehrt Schäden, die immer höhere Kosten nach sich ziehen.² Darum können wir nur jetzt noch die Folgen des menschengemachten Klimawandels begrenzen!

Unser Grundsatzprogramm fußt deshalb auf der Überzeugung, dass eine grundlegende Transformation zu einem klimaneutralen Sachsen-Anhalt notwendig und möglich ist! Dabei gehen wir nicht davon aus, dass es den einzig richtigen Weg gibt. Wir wollen viel mehr neue politische Richtungen aufzeigen und gemeinsam mit den Bürger:innen einen nachhaltigen, sozialen und gerechten Ausweg aus der Klimakrise finden.

¹ Vgl. Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie: "Beobachteter Klimawandel in Sachsen-Anhalt" URL: https://mule.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MLU/MLU/04_Energie/Klimawandel/00_Startseite_Klimawandel/Beobachteter_Klimawandel_in_Sachsen-Anhalt_barrierefrei_k.pdf

² Vgl. Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie: "Strategie des Landes zur Anpassung an den Klimawandel", URL: https://mule.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MLU/MLU/04_Energie/Klimawandel/00_Startseite_Klimawandel/190403_Anpassungsstrategie_Klimawandel_barrierefrei_.pdf

2. Eine Vision für ein enkeltaugliches Land

2.1. Klimanotstand: Ein klarer Richtungswechsel!

Das Wort "Klimanotstand" geht auf den englischen Begriff "climate emergency" zurück und beschreibt eine Situation, in der dringend gehandelt werden muss, um den Klimawandel abzuschwächen oder aufzuhalten und daraus entstehende möglicherweise irreversible Umweltschäden zu verhindern. In Deutschland haben bereits über 70 Orte und Gemeinden den Klimanotstand ausgerufen.³ Dabei kann dies jedoch nur als ein symbolischer Akt gelten, der rechtlich nicht bindend ist.

Unser erklärtes Ziel ist es **Klimaschutz gesetzlich in Sachsen-Anhalt zu verankern**. Damit verbunden ist sowohl ein sofortiger Stopp aller klimaschädlichen Subventionen für nicht klimaneutrale Energieträger als auch der Abzug aller finanziellen Rücklagen und Anlagen des Landes aus klimaschädlichen Wertanlagen. Alles politische Handeln muss sich am Wohlbefinden aller Lebewesen, inklusive aller Menschen, und an den planetaren Grenzen ausrichten! Da Politik und Wirtschaft diese Erfordernisse nicht berücksichtigen, können Enteignung und Vergesellschaftung zum Wohle der Allgemeinheit unter Verwendung der Artikel 14. und 15. des Grundgesetzes kein Tabu mehr sein.

Da die Strukturen zu träge sind und die bürokratischen Hürden und die Besitzverhältnisse schnelles und flexibles Handeln, welches jetzt erforderlich wäre verhindern, sind umfangreiche Reformen in Politik, Wirtschaft und Verwaltung notwendig. Das Umweltministerium sollte mehr Rechte erhalten, die ökologischen Belastungsgrenzen müssen den Rahmen sämtlicher Entscheidungsprozesse darstellen.⁴

Dabei werden soziale Gerechtigkeit, die globalen Auswirkungen und die Konsequenzen für zukünftige Generationen berücksichtigt. **Um nicht länger über unsere Verhältnisse zu leben, müssen wir unseren ökologischen Fußabdruck ermitteln und auf dessen Grundlage ein CO₂-Budget für unser Land und die einzelnen Kommunen einführen.**

³ Liste deutscher Orte und Gemeinden, die den Klimanotstand ausgerufen haben URL: https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_deutscher_Orte_und_Gemeinden,_die_den_Klimanotstand_ausrufen_haben

⁴ Vgl. "SRU (Sachverständigenrat für Umweltfragen): Demokratisch regieren in ökologischen Grenzen - Zur Legitimation von Umweltpolitik, Sondergutachten, 2019" URL: https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/02_Sondergutachten/2016_2020/2019_06_SG_Legitimation_von_Umweltpolitik.pdf?__blob=publicationFile&v=15

Neben diesen CO₂-Budgets sollten wir für unser Bundesland eigene Wohlstandsindikatoren entwickeln, die sich an Kategorien des Gemeinwohl orientieren und das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ersetzen. Dadurch ist Wirtschaftswachstum nicht mehr der treibende Faktor und wird durch Maßstäbe für Klimaneutralitätsentwicklungen und sozial gerechte Bedürfnisbefriedigung abgelöst.

2.2. Energiewende: Voranschreiten für eine neue Stabilität

In unserem kleinen Bundesland sind heute schon alle Voraussetzungen gegeben um eine raschere und engagierte Energiewende zu vollziehen und damit einen Großteil der CO₂-Emissionen abzubauen. Der Anteil erneuerbarer Energien (EE) an der Bruttostromerzeugung lag in unserem Land im Jahr 2019 bei 58 %. Im Jahr 2016 deckten die erneuerbaren Energieträger (Sonne, Wind, Wasserkraft, Biogas, Biomasse) rund 100 % des Bruttostrombedarfs in unserem Land.⁵ Zudem decken die Hersteller von Windkraft- und Solaranlagen in Sachsen-Anhalt einen großen Teil des Anlagenbedarfs an EE in Mitteldeutschland.

Wir wollen unsere Erfahrung im Ausbau von EE und unseren Standortvorteil in Sachsen-Anhalt nutzen um mit einem EE-Konjunkturprogramm die Bruttostromerzeugung bis spätestens 2028 zu 100 % auf regenerativen Energiequellen umzustellen. Die Stromerzeugung aus fossilen Energieträgern und der Import von nicht regenerativer Energie (dazu zählt auch Kernenergie) muss enden, sobald eine hundertprozentige Versorgungssicherheit durch EE gewährleistet werden kann. Diese Investition in eine klimaneutrale Energieversorgung wird langfristig zu einem deutlichen Abfall der Energiekosten für ganz Sachsen-Anhalt führen. Mit diesem zügigen Vorgehen wollen wir die gesamte Republik in einen Wettbewerb bringen, der zu einer schnelleren Energiewende anregt.

Um den gesamten Energiebedarf von Sachsen-Anhalt zu 100 % aus EE zu decken, müssen wir alle regenerativen Ressourcen nutzbar machen die uns zur Verfügung stehen. Die Erzeugung und Speicherung von EE erfolgt dabei am effizientesten in dezentraler Form und an regionale Gegebenheiten angepasst. Gerade die

⁵ Agentur für erneuerbare Energien: "Anteil der Erneuerbarer Energien an dem Bruttostromverbrauch" URL: https://www.foederal-erneuerbar.de/landesinfo/bundesland/ST/kategorie/strom/auswahl/1064-anteil_erneuerbarer/_versatz/0

Installation von elektrischen, chemischen oder wärmetechnische Speicheranlagen ist hierbei unabdingbar, damit wir die aufkommenden Überschussleistungen der vorhandenen EE-Anlagen speichern können und die Anlagen in Netzüberlastungssituationen nicht mehr abgeschaltet werden müssen.

Wir wollen den Bürger:innen verschiedene Transformationsszenarien anbieten, anhand derer sie entscheiden können wie sie ihre Gebäude und Kommunen selbst mit Strom versorgen wollen. Zudem muss das langfristige Ziel des jeweiligen Plans sein insgesamt den Energieverbrauch in Sachsen-Anhalt, durch Effizienzsteigerung sowie einen bewussten Umgang mit Ressourcen und Energie, für kommende Generationen nachhaltig zu stabilisieren.

2.3. Klimaneutrales Bauen und Heizen

Die Art wie wir unsere Häuser bauen und heizen sind entscheidende Faktoren bei der Reduktion der CO₂ Emissionen. Dabei ist der Gebäudesektor eng mit dem Wärmesektor verbunden. Der größte Teil der CO₂-Emissionen im Wärmesektor wird in unserem Land durch Öl- und Gasheizungen verursacht. **Langfristig ist die Umstellung auf eine emissionsfreie Wärmeerzeugung unumgänglich. Um dabei den Wärmebedarf langfristig zu senken, müssen wir zeitgleich eine energetische Sanierung der Gebäude vornehmen.** Bei aktuellen Gebäudeneubauten, aber auch bei Sanierungen, kommen jedoch immer noch Rohstoffe zum Einsatz, die einen großen ökologischen Fußabdruck hinterlassen und/oder schwer wiederzuverwerten sind.

Realistisch betrachtet ist es eine der größten Herausforderungen des Klimaschutzes den aktuellen Gebäudebestand klimaneutral umzubauen. Sowohl finanziell als auch in der praktischen Realisierung ist die Umsetzung dieses Klimaziels ein langfristiges Unterfangen das einen verbindlichen Gestaltungsrahmen braucht. Doch gerade der Gebäudesektor weist ein vielfach ungenutztes Potential für die Energiewende, Klimaschutz, Effizienzsteigerungen und die Erhaltung der Biodiversität auf. So sind Raumtemperierung und Warmwassererzeugung global für zwei Drittel der Energienachfrage in Gebäuden verantwortlich.⁶

⁶ WBGU: Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation.

URL:https://www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu/publikationen/hauptgutachten/hg2011/pdf/wbgu_jg_2011_ZfE.pdf

Die Studie des Wuppertal Instituts im Auftrag der Fridays for Future-Bewegung legt nahe, wie die **Wärmeversorgung in Deutschland mit einer durchschnittlichen jährlichen Sanierungsrate von 4 % bis 2035 klimaneutral** umgestaltet werden kann.⁷ Dafür ist politischer Wille erforderlich, der die Probleme bei der Wurzel packt und umsetzt. Denn eine umfassende Transformation des Gebäudesektors ist zwingend nötig, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen.

Darum wollen wir das **Neubauten von Beginn an klimaneutral geplant, gebaut und betrieben** werden. Der über den gesamten Lebenszyklus verursachte Fußabdruck muss mit ökologischen Maßnahmen auf dem Grundstück ausgeglichen werden. So soll suffizienter Wohnungsbau und der Einsatz von regenerativen und recycelbaren Materialien als die kostengünstigste Variante eingeführt werden. Landeseigene Liegenschaften sollten mit gutem Beispiel für alle Neubauvorhaben vorangehen. Die positiven Effekte der Sanierung werden somit vor Ort spürbar und in die Öffentlichkeit getragen.

2.4. Nachhaltige Verkehrs- und Stadtplanung

Viele Menschen fahren allein mit dem Auto und bilden dann auf dem Weg zu Arbeit Staus. Damit verbunden sind tödliche Unfallrisiken und eine gesundheitsgefährdende Menge an Schadstoffen in den Städten. Wenn wir Klimaneutralität und Lebensqualität als Maßstab für die Ausgestaltung unserer Lebenswelt nehmen, dann müssen wir unsere Verkehrs- und Stadtplanung anders denken.

Im öffentlichen Raum und in den öffentlichen Verkehrsmitteln, sollte sich die Verkehrs- und Stadtplanung in Sachsen-Anhalt prioritär auf Radfahrer:innen und zu Fußgänger:innen ausrichten. Als klimafreundlichste Verkehrsteilnehmende sollen sie den größten innerstädtischen Verkehrsflächenanteil erhalten, wodurch ihre Verkehrssicherheit erhöht wird.

Das Hauptziel der Stadtplanung muss es sein, die Innenstädte autofreier zu gestalten. Freiwerdende Flächen sollten dann für klimafreundliche und soziale Zwecke umgewidmet werden. Damit schaffen wir pflanzenreichere Städte und Gemeinden, die so gestaltet sind, dass sie gesellschaftlichen Zusammenhalt und Solidarität fördern. Durch eine vorausschauende Planung lassen sich

⁷ Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (2020): CO₂-neutral bis 2035: Eckpunkte eines deutschen Beitrags zur Einhaltung der 1,5-°C-Grenze. Diskussionsbeitrag für Fridays for Future Deutschland mit finanzieller Unterstützung durch die GLS Bank. 2. korrigierte Auflage. Wuppertal.

vielerorts Wege verkürzen und die Notwendigkeit individueller Mobilität reduzieren. Durch begrünte Gebäude und ausgedehnte Grünflächen lässt sich die Luftqualität vor Ort verbessern, die Straßen im Sommer kühlen und die Natur zurück in die Städte und Gemeinden holen. Dadurch kann es im ganzen Bundesland mehr nachbarschaftliche Gärten geben, die eine lokale Eigenversorgung ermöglichen.

Das Langfristige Ziel der Verkehrsplanung muss es sein, den Personen- sowie Lieferverkehr in Sachsen-Anhalt komplett CO₂-neutral organisieren. Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) muss emissionsfrei betrieben werden und für alle Menschen frei zugänglich sein. Das klimaneutrale Transportangebot und die Kapazitäten auf der Schiene, Straße und Wasser sollten kontinuierlich wachsen. Der Bau der A14 ist aus unserer Sicht zu stoppen aus den genannten Gründen und empfohlene Alternativen sind zu prüfen. Ein Festhalten an diesen Plänen wäre in Bezug auf eine unumgänglich notwendige Verkehrswende in jeglicher Hinsicht unsinnig und unverantwortliche Ressourcenverschwendung.

2.5. Ökologische Produktion und Kreislaufwirtschaft!

Wirtschaften kann als eine Tätigkeit verstanden werden, die mit knappen Ressourcen die bestmögliche Befriedigung von Bedürfnissen erreichen möchte. Wir scheinen aber vergessen zu haben, dass die wahre Kunst des Wirtschaftens darin besteht Knappheit zu erkennen und Bedürfnisbefriedigung daran anzupassen. Nur ein Beispiel dafür ist unser unbedachter Umgang mit Lebensmitteln. Etwa ein Drittel der weltweit erzeugten Lebensmittel gehen verloren oder werden weggeworfen. Diese Lebensmittelabfälle stellen einen wesentlichen Verlust anderer knapper Ressourcen, wie Land, Wasser, Energie und Arbeit dar.⁸

Um unsere Ressourcenverschwendung und Überproduktion nachhaltig zu ändern, müssen wir lernen unsere Bedürfnisse nicht länger durch eine auf lineares Wachstum angelegte Wirtschaftsform zu befriedigen. Dass heißt, dass Sachsen-Anhalt sich für alternative Formen des Wirtschaftens öffnet, die nicht auf Ausbeutung von Mensch und Natur beruhen. Unserer Auffassung nach kann das Ziel einer ökologischen und klimaneutralen Wirtschaftsform nicht in

⁸ Europäische Umweltagentur: Quellen der Lebensmittelverschwendung in Europa URL: <https://www.eea.europa.eu/de/pressroom/infografiken/welches-sind-die-quellen-der/view>

einer immer weiter anwachsenden Linie liegen, sondern nur in einem in sich geschlossenen Kreis der Wiederkehr.

Darum wollen wir in Sachsen-Anhalt das Prinzip der Kreislaufwirtschaft einführen. Das heißt, dass wir in Sachsen-Anhalt anfangen ein geschlossenes und ressourcensparendes Kreislaufsystem aufzubauen, das lokale Prozesse und Produkte von der 'Wiege bis zur Wiege' durchdenkt und gestaltet. Damit verbunden sind, neben der Reduktion von energiebedingten CO₂-Emissionen, eine gesetzliche Verpflichtung zur Reduktion von prozessbedingten Emissionen und verbindliche Standards für die Umstellung auf klimafreundliche und nachhaltige Rohstoffe und Erzeugnisse. Die Erzeugung und Verwendung von petrochemischen Kunststoffen muss so weit wie möglich vermieden werden.

Einer der wichtigsten Bereiche für eine klimaneutrale Lebensweise ist bei der Kreislaufwirtschaft die Umgestaltung der Landwirtschaft. Die deutsche Landwirtschaft war 2018 für 7,4% der Treibhausgasemissionen verantwortlich⁹, weiterhin bedingt der Einsatz von Ackergiften und die Strukturverarmung in der Landschaft ein massives Artensterben. Eine starke Belastung der Oberflächengewässer und des Grundwassers und die Degradation der Böden sind weitere Folgen der intensiven bis industriellen Landwirtschaft. Eine Umstellung auf ökologische Bewirtschaftung, eine massive Verringerung der Tierhaltung sowie die Renaturierung von Grenzertragsstandorten ist erforderlich. Ein großflächiger Umbau der Agrarflächen in eine Agroforstwirtschaft¹⁰ ist anzustreben, weil diese erheblich dazu beitragen wird, die Nettoemissionen an Treibhausgasen in der Landwirtschaft zu senken, die Biodiversität zu fördern und regionale Ernährungssouveränität zu stärken. Dies muss mit einer konsequenten Abkehr von Massentierhaltung und großflächigen Monokulturen einhergehen.

Wir glauben das eine ökologische Produktion und Kreislaufversorgung unserem Land einen echten Standortvorteil verschaffen würden, weil in Zukunft immer mehr Menschen in Regionen leben wollen in denen sie ihr Leben möglichst klimaneutral gestalten können. Wir wollen daher in einem Land leben, dass seinen ökologischen Fußabdruck immer weiter senkt; in

⁹ Umwelt Bundesamt: Beitrag der Landwirtschaft zu den Treibhausgas-Emissionen. URL: <https://www.umweltbundesamt.de/daten/land-forstwirtschaft/beitrag-der-landwirtschaft-zu-den-treibhausgas#treibhausgas-emissionen-aus-der-landwirtschaft>

¹⁰ u.a. Deutscher Fachverband für Agroforstwirtschaft (DeFAF) e.V. URL: <https://agroforst-info.de/haeufig-gestellte-fragen/>

einem Land, das immer weniger importieren muss, weil die Menschen sich stattdessen genossenschaftlich und gemeinwohlorientiert selbstversorgen können und in einem Land in dem geschlossene Verwertungs- und Produktionsketten immer weniger Müll, Verluste und Folgeschäden verursachen, weil die hier erzeugten Produkte sich durch nachhaltige Qualitäten wie Langlebigkeit, Wiederverwendbarkeit, Erweiterbarkeit und Reparierbarkeit auszeichnen.

2.6. CO₂-Bepreisung ist ein Muss

Nach dem Winterurlaub auf dem Karibikdampfer mal eben mit dem Auto zum Fleischer über die frische geteerte Straße fahren und dann schön auf dem Balkon der gut geheizten Neubauwohnung grillen. Wenn wir ehrlich darüber nachdenken, was all unsere Annehmlichkeiten tatsächlich für das Ökosystem unseres Planeten bedeuten, dann scheint es so, dass wir alles was unseren Wohlstand ausmacht, opfern müssten um die Klimakrise und den Ressourcenmangel zu bekämpfen. Doch es kann nicht darum gehen, alle Dinge abzuschaffen an die wir uns im Leben gewöhnt haben. Es geht darum alles Bewahrenswerte umzuformen und klimaneutral zu organisieren.

Um diesen Weg zu beschreiten, müssen die Kosten unseres noch nicht klimaneutralen Lebenswandels auch wahrheitsgetreu verrechnet werden. Das heißt: Solange unsere Häuser und Gebäude noch nicht langlebig und nachhaltig gebaut sind und sie keine begrünten Dächer tragen, müssen die Kosten der Zementproduktion steigen. Solange unser Reise- und Transportverkehr noch nicht klimaneutral gestaltet werden kann, müssen die Kosten für CO₂-basierte Kraftstoffe steigen. Solange wir noch nicht alle unsere Konsumgüter langlebig, reparierbar, recycelbar und aus regenerativen Materialien bestehen, müssen die Kosten für Wegwerfprodukte steigen.

In diesem Sinne setzten wir uns für eine europaweite, oder zumindest bundesweite, Verrechnung der Kosten von Klimafolgeschäden durch CO₂-Emission ein. Wir wollen, dass bei allen Waren und Dienstleistungen die ökologischen Folgekosten mit eingepreist werden. Die Höhe dieses CO₂-Preises sollte jährlich im Verhältnis zum verbliebenen CO₂-Budget steigen. Damit lässt sich am schnellsten ein alle Sektoren erfassendes Umdenken in Gang setzten, bei dem wir alle unseren Lebenswandel den tatsächlichen Klimakosten anpassen müssen. Um diese Anpassung gerecht zu unterstützen,

sollten alle aus dem CO₂-Preis resultierenden staatlichen Mehreinnahmen für die Finanzierung von sozialen und klimaneutralen Projekten genutzt werden.

3. Ein aufgeklärtes und menschenwürdiges Leben!

3.1. Nachhaltige Bildungsgerechtigkeit und Inklusion!

Bildung und die Lust am Lernen sind die wichtigste Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben. Doch Menschen lernen nicht immer gleich schnell oder gleich gut. In unserem Bildungssystem wird jedoch gefordert, dass alle Schüler:innen im Gleichschritt das gleiche Lernziel im frontal geführten Unterricht erreichen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass es dabei viele Kinder und Jugendliche gibt, die nicht mitkommen und irgendwann abgehängt werden. So liegt in Sachsen-Anhalt die Quote der Schulabbrüche seit 1990 konstant über 10%.¹¹ Das können wir uns als Gesellschaft nicht länger leisten, um krisenfest zu sein!

Es ist an der Zeit ehrlich anzuerkennen, dass in unserem Schulsystem strukturelle Selektion und Diskriminierung stattfindet, die den Bedürfnissen von Kindern aus sozial benachteiligten und bildungsfernen Familien nicht gerecht wird. Das Ziel von Bildungspolitik muss es daher sein, die unfairen und nicht-inklusiven Ungleichheiten zu reduzieren bzw. zu beseitigen und zwar sowohl bezüglich des Zugangs zu Bildung als auch in Bezug auf die Verteilung von Bildungschancen und Abschlüssen. Dabei muss es auch um die Achtung und Anerkennung der Heranwachsenden in ihren individuellen Lebenswelten, mit ihren Bedürfnissen und ihren individuellen Fähigkeiten gehen und zwar unabhängig und jenseits von einer allgemeingültigen Leistungsnorm. Darum brauchen wir im Bildungskontext ein Zusammenspiel von unterschiedlichen Maßnahmen, die das Ziel haben strukturelle Benachteiligungen zu überwinden und gleichzeitig die bereichernde Vielfalt die mit Unterschiedlichkeiten einhergeht anerkennen.

Das kann nur gelingen wenn wir auf einer institutionellen-strukturellen Ebene klar das Prinzip der Anti-Diskriminierung im Bildungssystem von Sachsen-Anhalt verankern und Pädagog:innen und ihrer Schüler:innen darin schulen.

Deshalb stehen wir vor allem in den Bildungspolitik für einen kritischen Umgang mit Diskriminierung, ein Bewusstsein für Diversität und eine förder-bedarfsgerechte Inklusion von benachteiligten Menschen. **Darüber hinaus sollten Bildungsinhalte für Kinder und Erwachsene sich verbindlich an der Vermittlung eines**

¹¹ MDR Sachsen-Anhalt: Schulabbrucherquote. URL: <https://www.mdr.de/sachsen-anhalt/schulabbrucher-quote-100.html>

klimateutralen, sozial und ökologisch nachhaltigen Lebenswandels orientieren.

3.2. BGE: Klimaschutz müssen sich alle leisten können!

Schätzungen zufolge wird der Braunkohle-Ausstieg im Mitteldeutschen Revier bis zu 7.000 Beschäftigte betreffen, davon sind etwa 3.500 direkt in der Kohlewirtschaft tätig. Zudem sind noch weitere 27.400 Jobs in energieintensiven Industrien - wie der der Chemie, Nahrungsmittel oder Baustoffe - an die Kohlewirtschaft angebunden.¹² Doch nicht nur diese Menschen werden in Folge von gesellschaftlichen Veränderungen (zur Erreichung des 1,5-Grad Ziels) ohne eigenes Verschulden vor das berufliche Aus gestellt werden.

Die Möglichkeit ein menschenwürdiges und klimaneutrales Leben zu führen darf nicht länger von der Erwerbsfähigkeit und dem Erhalt von Arbeitsplätzen abhängen. Ein auf Sanktionen basiertes Grundsicherungsleistungssystem, das Menschen ins soziale Abseits führt ist daher nicht mehr zeitgemäß. So führt die Höhe und die Organisation der Grundsicherung zu einer strukturellen Ausgrenzung von erwerbslosen Menschen. Dabei ist der häufig erschwerte Zugang zu Sozialhilfen mit einer nicht zweckdienlichen Informationserfassung verbunden, die einen absurd hohen Verwaltungsaufwand zur Folge hat. Es ist an der Zeit ein staatliches Sicherungssystem zu installieren, das jedem Menschen die gleiche Grundlage bietet ein selbstbestimmtes, eigenverantwortliches und würdevolles Leben zu führen!

Daher wollen wir die Bürger:innen beraten und entscheiden lassen in welcher Form die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) möglich ist. Dabei sollen verschiedene Modelle vorgeschlagen werden, in denen jedoch eine vermögenssteuerliche Verteilung von Lasten und eine Entbürokratisierung des Systems verpflichtend sind. Sollten sich die Bürger Sachsen-Anhalts auf einen Vorschlag einigen können, werden wir uns für die Einführung eines solchen BGE-Modells bundesweit einsetzen.

Darüber hinaus glauben wir, dass die Lebenszeit aller Menschen gleich wertvoll ist, und vertreten deshalb die Auffassung, dass sich Gehaltsunterschiede nur bis zu einem gewissen Grad ethisch rechtfertigen lassen. Deswegen wollen wir zu einem

¹² MDR Sachsen-Anhalt: Fragen und Antworten zum Kohle-Ausstieg URL: <https://www.mdr.de/sachsen-anhalt/kohle-ausstieg-nachrichten-fakten-hintergruende-100.html>

gesellschaftlichen Diskurs über die Einführung eines bundesweiten Maximallohns bzw. maximalen Jahresgehaltes anregen.

3.3. Bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung

Die Corona-Pandemie zeigt, dass ein breit aufgestelltes Gesundheitswesen einen unschätzbar hohen Wert für eine Gesellschaft hat. Dennoch sind durch das Virus die Schwächen und Probleme in unserer Gesundheitsversorgungen noch einmal deutlicher geworden. Klinik- und Krankenhauspersonal müssen nicht nur in Corona-Zeit im Arbeitsalltag über ihre Belastungsgrenzen gehen. Darunter leiden sowohl Personal als auch Patient:innen.

Durch die Einführung von privatwirtschaftlichen Kalkülen ist ein Ungleichgewicht in der Verteilung von Gesundheitsleistung entstanden. In den verschiedenen Bereichen und Regionen unseres Gesundheitssystems kommt es dadurch sowohl zu Unter- als auch Überversorgung. Zudem muss bei Entscheidungen über mögliche Behandlungen immer häufiger zwischen medizinischen und ökonomischen Faktoren abgewogen werden. Gegen diese Fehlentwicklungen muss vorgegangen werden!

Der Deutsche Ethikrat hat in seiner Stellungnahme von 2016 „das Patientenwohl“ als ethisches Leitprinzip für die Krankenhausversorgung formuliert. Das heißt, dass in der medizinischen Sorge um kranke Menschen die Selbstbestimmung des Patienten geachtet und ermöglicht werden sollte, sowie eine hohe Behandlungsqualität und Zugangs- und Verteilungsgerechtigkeit gewährleistet sein muss.¹³ Laut des Gutachtens des Sachverständigenrats von 2018 „muss in einem solidarisch finanzierten Gesundheitssystem darauf geachtet werden, dass die vorhandenen Ressourcen, Personal, Strukturen und technische Möglichkeiten ebenso wie finanzielle Mittel effektiv und effizient genutzt werden.“¹⁴

Wir wollen in diesem Sinne in Sachsen-Anhalt eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung schaffen, in der jeder einzelne Mensch und sein Wohl im Mittelpunkt des konkreten medizinischen Bemühens steht. Um eine Balance zwischen ökonomischen und medizinischen Abwägungen zu gewährleisten,

¹³ Vgl. Deutscher Ethikrat: „Stellungnahme Patientenwohl als ethischer Maßstab für das Krankenhaus“ URL: <https://www.ethikrat.org/fileadmin/Publikationen/Stellungnahmen/deutsch/stellungnahme-patientenwohl-als-ethischer-massstab-fuer-das-krankenhaus.pdf>

¹⁴ Vgl. SACHVERSTÄNDIGENRAT zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen: „Bedarfsgerechte Steuerung der Gesundheitsversorgung“ S. 46. URL: https://www.vpt.de/fileadmin/user_upload/news/pdf/SVR-Gutachten_2018.pdf

sollten unser Auffassung nach das ärztliche, pflegerische und sonstiges gesundheitsbezogenes Personal über die Verteilung von Gesundheitsressourcen mitentscheiden. Darüber hinaus muss geprüft werden inwiefern ein Wettbewerb zwischen Krankenversicherungen der Versorgungsfinanzierung dienlich bleiben kann.

4. Staatliche Verantwortung neu denken

4.1. Demokratie 2.0: Mehr Bürgerbeteiligung wagen!

Eine Demokratie lebt von und durch Beteiligung. Das heißt für uns, dass alle Menschen die eine Entscheidung betrifft auch an dem Entscheidungsprozess beteiligt werden müssen. Der Klimawandel und seine Bekämpfung haben Folgen, die das Leben von allen Menschen betreffen können. Dahingehend wäre es vermessen zu sagen, dass eine parlamentarische Demokratie die Komplexität hinter politischen Entscheidungen immer im Sinne der aller Bürger:innen abbilden kann. Deshalb brauchen wir Updates für unsere demokratischen Entscheidungsprozesse!

Viele Menschen wollen sich heute mehr einbringen, mitgestalten und auch mitentscheiden. Daher sollten neue institutionelle Beteiligungsmöglichkeiten auf der kommunalen und landespolitischen Ebene geschaffen werden. Das Potential solcher Beteiligung liegt darin, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt und das Bewusstsein für die eigene Verantwortlichkeit für politische Entscheidungen lokal wie überregional gefördert werden, wenn möglichst viele Menschen gemeinsam und gleichberechtigt an den notwendigen Veränderungen arbeiten.

Wir stehen daher vor allem für eine breite gesellschaftspolitische Partizipation durch Bürger:innenräte bei allen klimapolitischen Gestaltungsprozessen in Sachsen-Anhalt. Zudem muss es bei grundsätzlichen Richtungsentscheidungen im Land die Möglichkeit gegeben sein auf der Grundlage von öffentlichen und wissenschaftlich begleiteten Diskursen einen aufklärten Volksentscheid durchzuführen.

4.2. Vertrauen bilden durch klare Kommunikation und Transparenz

Das Vertrauen der Menschen in die politischen Entscheidungen und die Handlungsfähigkeit der Politik ist in den letzten Jahrzehnten erheblich erodiert, gleichzeitig ist dieses jedoch unabdingbar für die Bewältigung der erforderlichen Veränderungen. Zuerst muss daher Glaubwürdigkeit zurückgewonnen werden durch einen neuen Politikstil der offenen Kommunikation, transparenter Entscheidungsprozesse und Verantwortlichkeit. Die Coronakrise hat gezeigt, wie essentiell eine klare Kommunikation über verfügbare Informationen und Handlungsoptionen für die Akzeptanz politischer Entscheidungen ist. Um dies zu

gewährleisten, müssen die Bestimmungen des Informationsfreiheitsgesetzes deutlich zu Gunsten der Anfragenden reformiert und durch ein Transparenzgesetz ergänzt werden, durch welches relevante Daten und Informationen über Entscheidungsgrundlagen in Form eines „legislativen Fußabdruckes“ allgemein zugänglich werden. So können die demokratische Meinungs- und Willensbildung gefördert und staatliches Handeln nicht nur kontrolliert, sondern auch nachvollziehbar legitimiert werden.

Nicht nur die Bürger:innen, auch Politiker:innen müssen für ihre Tätigkeit mehr Verantwortungsbewusstsein entwickeln und Verantwortung übernehmen. Tätigkeiten, bei denen sich finanzielle oder berufliche Interessen von Abgeordneten mit deren Tätigkeitsbereich als Abgeordnete in Konflikt stehen, müssen verhindert werden, denn sie untergraben die Glaubwürdigkeit. Bezahlte Lobbytätigkeiten und Nebentätigkeiten, die einen Konflikt mit der Abgeordnetentätigkeit bewirken, sind unvereinbar mit einem Abgeordnetenmandat und müssen untersagt sein. Zudem muss der bisher übliche privilegierte Zugang einzelner finanzstarker Verbände und Organisationen zu politischen Entscheidungsträger:Innen dringend unterbunden werden. **Zu diesem Zweck soll ein öffentlich zugängliches und kontrolliertes, verpflichtendes Lobbyregister für alle im Auftrag von Partikularinteressen tätigen Akteure einschließlich Denkfabriken und Kanzleien eingeführt werden.** Die bereits bestehende Karenzzeit für Politiker:innen vor dem Wechseln in eine mit ihrem bisherigen Tätigkeitsfeld in Zusammenhang stehende Tätigkeit soll ausgeweitet werden. Die Praxis der Beschäftigung externer Mitarbeiter in Ministerien muss umgehend beendet werden. Stattdessen sollen die Instrumente öffentlicher und nichtöffentlicher Anhörungen sowie Beteiligungsverfahren betroffener gesellschaftlicher Gruppen gestärkt werden.¹⁵

4.3. Digitalisierung vernünftig nutzen!

Die Digitalisierung verändert zunehmend immer weitere Bereiche unseres täglichen Lebens: die Nutzung von Smartphones, der Online-Handel, mobiles Arbeiten und Studieren sowie die Automatisierung von Produktionsprozessen sind Strukturen, die bereits viele Menschen im Alltag erfahren. **Wir stehen für eine zukunftsfähige, inklusive, sichere und ökologisch nachhaltige Digitalisierung.**

¹⁵ Vgl. Lobbycontrol: Lobbyismus höhlt die Demokratie aus: Zehn Thesen. URL: <https://www.lobbycontrol.de/lobbyismus-hoehlt-die-demokratie-aus-zehn-thesen/>

Die digitale Transformation bietet Chancen, die wir für den ökologischen Wandel nutzen können. Durch virtuelle Mobilität und das Nutzen von Videokonferenz-Systemen reduzieren wir schon heute die Zahl der Geschäftsreisen. Wir können flexiblere und mobilere Arbeitskonzepte einführen, die eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Ausbildung, Studium, Beruf und Familie ermöglichen. So ist eine Stärkung des ländlichen Raums und eine Reduktion von Pendler- und Dienstwegen möglich. Wir können durch "smarte" Anpassungen der Last unserer Stromverbraucher die aktuelle Verfügbarkeit, Effizienz und kurzfristige Steuerbarkeit eines klimaneutralen Energiesystems deutlich steigern. Viele Prozesse in der Industrie, Logistik, Mobilität und Landwirtschaft können durch die Einbindung von digitalen Technologien optimiert werden. Ebenso können Prozesse in der Verwaltung optimiert und bürgernah gestaltet sowie Transparenz und Partizipationsmöglichkeiten ausgebaut werden.

Dabei müssen wir jedoch die Umwelteinflüsse durch die Informations- und Telekommunikations-Infrastruktur berücksichtigen. Schon heute entstehen 1,8 bis 3,2 % der globalen Treibhausgasemissionen durch Herstellung und Betrieb digitaler Geräte und Infrastrukturen, wobei insbesondere bei mobilen Geräten häufig mehr als die Hälfte der Emissionen durch Herstellung und Entsorgung verursacht werden. Um den ökologischen Fußabdruck der Digitalisierung zu reduzieren, ist es daher auch hier essenziell, den gesamten Produktlebenszyklus - d.h. Herstellung, Betrieb, Entsorgung und Wiederverwertung der Geräte - zu berücksichtigen.

Darüber hinaus steht für uns fest, dass der digitale Wandel nur von konsequenten Maßnahmen für mehr Datenschutz, Sicherheit, Transparenz und digitaler Souveränität begleitet werden muss. Zudem glauben wir, dass die Digitalisierung eine wesentliche Rolle in der Aus- und Weiterbildung von Menschen spielt. Neben den Möglichkeiten durch neue Lehr- und Lernmethoden ist es wichtig, Schüler:innen wie Erwachsene im Umgang mit digitalen Medien auszubilden, um sie zu mündigen Bürger:innen einer digitalen Gesellschaft zu machen.

4.4. Krisenfester Zusammenhalt durch gleichberechtigte Vielfalt

Den Klimawandel und andere Krisen können wir nur durch ein starkes Miteinander der gesamten Gesellschaft bewältigen. Doch um gemeinsam handeln zu können, muss der Zusammenhalt in der Gesellschaft gestärkt werden. Die Gleichberechtigung aller Menschen stärkt die Gesellschaft in vielerlei Hinsicht, und das weit über den sozio-ökonomischen Aspekt hinaus. Strukturelle Benachteiligung von Mehr- und Minderheiten finden sich derzeit auf vielen Ebenen wieder: ob im Gehaltsunterschied zwischen Geschlechtern, in der mangelhaften Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention sowie in der unzureichenden Aufklärung über verschiedene Geschlechts- und Sexualitätsformen bis hin zur Diskriminierung und Degradierung von Transsexuellen.

Jede Art von Ungleichbehandlung - unabhängig davon, ob sie stark und deutlich oder subtil und unterbewusst auftritt - schadet nicht nur einzelnen Personen, sondern schwächt unsere Gesellschaft als Ganzes und mindert sowohl ihre Handlungsfähigkeit als auch deren Akzeptanz. Daher sehen wir es als unsere Pflicht an, neben der Abgrenzung und Bekämpfung von offensichtlich rassistischem Denken und Handeln, ein Bewusstsein für den strukturellen Rassismus und Diskriminierung zu schaffen.

Das heißt für uns auch, dass die strukturellen Probleme endlich mit den entsprechenden Mitteln angegangen werden. Damit verbunden ist zum Beispiel, dass die Polizei sich nicht länger selbst kontrollieren darf. Deshalb wollen wir eine unabhängige Untersuchungsinstanz einrichten, die die Arbeit der staatlichen Behörden kontrolliert. Zudem glauben wir, dass die Bekämpfung Hass schürender, beleidigender, missbräuchlicher, irreführender und verfassungsfeindlicher Inhalte im Internet eine zentrale Aufgabe ist, um negative Begleiterscheinungen der Digitalisierung in unsere Gesellschaft einzudämmen.

Darüber hinaus nehmen wir Migration als eine Chance wahr um noch krisenfester zu werden. Denn je mehr wir uns international und interkulturell austauschen und vernetzen, umso stärker und entschlossener können wir als Menschheit jeglichen Krisen trotzen. Unser Anliegen ist es daher, die Bereitschaft Menschen in Not zu helfen wieder zu einer Selbstverständlichkeit zumachen. Auf Basis der Förderung von Menschenrechten sowie der Anerkennung von individueller Schutzbedürftigkeit

jedes Einzelnen eine Mentalität entwickeln, die uns vereint. Wir müssen uns insbesondere solidarisch gegenüber von internationalen Krisen betroffenen Menschen zeigen, da wir ebenso wie sie Opfer oder - wie im Falle der Klimakrise - sogar Mitverursacher ihres Schicksals sind.

Ankommenden Menschen wollen wir den Zugang zum Arbeitsmarkt und zur Mitwirkung in und an unserer Gesellschaft öffnen, denn wir glauben, dass Einwanderung langfristig ein wesentlicher Faktor für ein so altes und dünn besiedeltes Bundesland wie Sachsen-Anhalt ist. **Darum wollen wir ein kulturell breit gefächertes und offenes Bundesland schaffen, das auch international als Vorbild für ein friedvolles, menschenwürdiges und produktives Zusammenleben gelten kann.**